

# VORARLBERGER LANDESGESETZBLATT

107

Jahrgang 2010

Herausgegeben und versendet am 29. Juli 2010

22. Stück

**40. Verordnung: Fleischuntersuchungsgebührenverordnung, Änderung**

**41. Verordnung: Landes-Personalvertretungswahlordnung, Änderung**

**42. Verordnung: Gemeinde-Personalvertretungswahlordnung, Änderung**

## 40.

### Verordnung

#### der Landesregierung über eine Änderung der Fleischuntersuchungsgebührenverordnung

Auf Grund der §§ 2 Abs. 1 und 6 Abs. 3 des Fleischuntersuchungsgebührengesetzes, LGBl.Nr. 75/1994, in der Fassung LGBl.Nr. 2/2008, wird verordnet:

Die Fleischuntersuchungsgebührenverordnung, LGBl.Nr. 28/2008, in der Fassung LGBl.Nr. 37/2009, wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 Abs. 1 wird die Zahl „18,95“ durch die

Zahl „20,85“ ersetzt.

2. Im § 3 Abs. 1 lit. a wird die Zahl „15,26“ durch die Zahl „17,16“ ersetzt.

3. Dem § 4 wird folgender Abs. 4 angefügt:  
„(4) Die §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 1 lit. a in der Fassung LGBl.Nr. 40/2010 treten am 1. August 2010 in Kraft.“

**Für die Vorarlberger Landesregierung:  
Der Landeshauptmann:**

Dr. Herbert Sausgruber

## 41.

### Verordnung

#### der Landesregierung über eine Änderung der Landes-Personalvertretungswahlordnung

Auf Grund des § 38 des Landes-Personalvertretungsgesetzes, LGBl.Nr. 16/1988, wird verordnet:

Die Landes-Personalvertretungswahlordnung, LGBl.Nr. 32/1991, in der Fassung LGBl.Nr. 51/2003 und Nr. 72/2003, wird wie folgt geändert:

1. Der § 2 Abs. 1 lautet:

„(1) Wahlberechtigt sind alle Landesbediens-

teten, die am Tag der Wahlausschreibung wenigstens einen Monat dem Dienststand angehören und nicht vom Dienst enthoben oder vom Wahlrecht gemäß § 20 des Landtagswahlgesetzes ausgeschlossen sind.“

2. Im § 2 Abs. 3 wird in der lit. a der Beistrich durch das Wort „und“ ersetzt; weiters entfällt die lit. b und die lit. c wird als lit. b bezeichnet.

**Für die Vorarlberger Landesregierung:  
Der Landeshauptmann:**

Dr. Herbert Sausgruber

## 42. Verordnung

### der Landesregierung über eine Änderung der Gemeinde-Personalvertretungswahlordnung

Auf Grund des § 38 des Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes, LGBl.Nr. 17/1988, wird verordnet:

Die Gemeinde-Personalvertretungswahlordnung, LGBl.Nr. 40/1979, in der Fassung LGBl.Nr. 52/2003 und Nr. 73/2003, wird wie folgt geändert:

1. Der § 2 Abs. 1 lautet:  
„(1) Wahlberechtigt sind alle Gemeindebediensteten, die am Tag der Wahlausschreibung wenigstens einen Monat dem Dienststand angehören und nicht vom Dienst enthoben oder vom Wahlrecht gemäß § 20 des Landtagswahlgesetzes ausgeschlossen sind.“
2. Im § 2 Abs. 3 wird in der lit. a der Beistrich durch das Wort „und“ ersetzt; weiters entfällt die lit. b und die lit. c wird als lit. b bezeichnet.
3. Der § 3 Abs. 2 lautet:  
„(2) Gemeindebedienstete, die einer Dienststelle mit weniger als fünf Dienstnehmern angehören, und Gemeindebedienstete, die nicht bei einer Dienststelle der Gemeinde verwendet werden, sind durch Verordnung des Wahlvorstandes einer anderen Dienststelle, bei der Wahlen nach dem Gemeinde-Personalvertretungsgesetz durchzuführen sind, zuzuweisen. Bei der Festlegung dieser Dienststelle ist auf die Gleichartigkeit der zu besorgenden Aufgaben und auf die örtliche Nähe Bedacht zu nehmen.“
4. Im § 3 Abs. 4 wird nach dem Wort „Verwaltungsstellen“ die Wortfolge „sowie Betriebe“ eingefügt.
5. Im § 4 Abs. 2 zweiter Satz wird das Wort „doppelte“ durch das Wort „dreifache“ ersetzt.
6. Im § 8 Abs. 2 wird nach dem Wort „Wahlvorschläge“ die Wortfolge „sowie eine leere Zeile für die Nennung eines freien Wahlwerbers“ eingefügt.
7. Der § 9 Abs. 3 lautet:  
„(3) Jeder Wähler ist berechtigt, auf dem Stimmzettel eine Person zu nennen, die nicht im Wahlvorschlag einer Wählergruppe aufscheint und die wählbar sowie in die Wählerliste des betreffenden Wahlkörpers eingetragen ist (freier Wahlwerber). Der freie Wahlwerber muss so klar bezeichnet sein, dass er mit keiner anderen wählbaren Person verwechselt werden kann.“
8. Im § 9 wird nach dem nunmehrigen Abs. 3 folgender Abs. 4 angefügt:  
„(4) Jeder Wähler ist berechtigt, an einen Wahlwerber der von ihm gewählten Wählergruppe eine Vorzugsstimme zu vergeben. Die Vergabe der Vorzugsstimme erfolgt, indem der Wähler in das auf dem Stimmzettel neben dem Namen des Wahlwerbers aufscheinende Rechteck ein Kreuz oder ein ähnlich deutliches Zeichen einträgt.“
9. Im § 13 Abs. 1 entfällt im ersten Satz die Wortfolge „spätestens eine Woche“; weiters wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:  
„Die Wahlberechtigten haben den Antrag auf Stimmenabgabe durch Briefwahl spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag schriftlich oder mündlich zu stellen.“
10. Der § 13 Abs. 5 letzter Satz lautet:  
„Die Wahlkommission hat solche Wahlkuverts verschlossen zu den Wahlakten zu nehmen.“
11. Der § 14 Abs. 2 lit. b und c lautet:  
„b) ausschließlich Wahlwerbern verschiedener Wählergruppen Vorzugsstimmen gibt oder  
c) weder eine Wählergruppe anzeichnet noch einem Wahlwerber eine Vorzugsstimme gibt und auf dem Stimmzettel auch keine Bezeichnung im Sinne des Abs. 1 lit. d anbringt oder“
12. Im § 14 Abs. 2 wird nach der nunmehrigen lit. c folgende lit. d angefügt:  
„d) ausschließlich einen freien Wahlwerber benennt.“
13. Der § 14 Abs. 4 und 5 lautet:  
„(4) Reihungen und Streichungen von Wahlwerbern gelten als nicht erfolgt. Sind auf dem Stimmzettel mehrere freie Wahlwerber eingetragen, dann gilt nur derjenige als genannt, der nach der allgemeinen Schreibweise (von oben nach unten, von links nach rechts) vorangeht.  
(5) Die Vergabe der Vorzugsstimme ist gültig, soweit eindeutig zu erkennen ist, an welchen

Wahlwerber der gewählten Wählergruppe der Wahlberechtigte die Vorzugsstimme vergeben will.“

14. Im § 15 Abs. 1 entfällt im ersten Satz die Wortfolge „bei einem Wahlkörper“.

15. Der § 15 Abs. 2 bis 5 lautet:

„(2) Der Wahlvorstand hat die Wahlkuverts zu öffnen, die Gültigkeit der Stimmzettel zu überprüfen und festzustellen:

- a) die Gesamtsumme der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen,
- b) die Summe der abgegebenen gültigen und die Summe der abgegebenen ungültigen Stimmen,
- c) die Zahl der auf die einzelnen Wählergruppen entfallenden gültigen Stimmen sowie
- d) die Zahl der Nennungen der einzelnen freien Wahlwerber.

(3) Die Anzahl der auf die einzelnen Wählergruppen und auf die einzelnen freien Wahlwerber entfallenden Mandate ist wie folgt zu ermitteln: Die Zahlen der für die einzelnen Wählergruppen abgegebenen gültigen Stimmen und die Zahlen der Nennungen der einzelnen freien Wahlwerber werden, nach ihrer Größe geordnet, nebeneinander geschrieben. Nach Bedarf wird unter jede Zahl der für die einzelnen Wählergruppen abgegebenen gültigen Stimmen die Hälfte geschrieben, darunter das Drittel, das Viertel usw. Die so angeschriebenen Zahlen werden, bei der größten beginnend, der Größe nach mit fortlaufenden Ordnungsziffern versehen, bis die Zahl der im Wahlkörper zu wählenden Personalvertreter erreicht ist. Jede Wählergruppe erhält so viel Mandate, wie Zahlen ihrer Zahlenreihe mit Ordnungsziffern versehen wurden. Ein freier Wahlwerber erhält ein Mandat, wenn die für ihn angeschriebene Zahl mit einer Ordnungsziffer versehen wurde. Wenn nach dieser Berechnung mehrere Wählergruppen oder freie Wahlwerber auf das letzte Mandat denselben Anspruch haben, entscheidet zwischen ihnen das Los.

(4) Die auf eine Wählergruppe gemäß Abs. 3 entfallenden Mandate sind den Wahlwerbern dieser Wählergruppe nach der Größe der von ihnen erreichten Wahlpunktesummen zuzuweisen. Bei gleich großen Wahlpunktesummen entscheidet das Los. Die Wahlpunktesummen der einzelnen Wahlwerber sind anhand der für die betreffende Wählergruppe abgegebenen gültigen Stimmzettel wie folgt zu ermitteln:

- a) Der auf dem Stimmzettel an erster Stelle angeführte Wahlwerber erhält doppelt so viel Wahlpunkte (Listenpunkte), wie der Wählergruppe Mandate zufallen. Der auf dem Stimmzettel an zweiter Stelle angeführte Wahlwerber erhält einen Punkt weniger, der an dritter Stelle

angeführte erhält zwei Punkte weniger usw.

- b) Für jede Vorzugsstimme, die der Wahlwerber erhalten hat, sind ihm zu den Wahlpunkten, die er schon aufgrund der Berechnung nach lit. a erhält, doppelt so viele Wahlpunkte (Vorzugspunkte) hinzuzurechnen, wie der Wählergruppe Mandate zufallen.

(5) Wahlwerber, die für die Zuweisung eines Mandates nicht in Betracht kommen, gelten in der gemäß Abs. 4 bestimmten Reihenfolge als Ersatzmitglieder. Wenn ein freier Wahlwerber ein Mandat erhält, so ist ein weiteres Ersatzmitglied aus den Wahlwerbern jener Wählergruppe zu ermitteln, der ohne Berücksichtigung des freien Wahlwerbers nach Abs. 3 noch ein Mandat zugefallen wäre.“

16. Im § 15 Abs. 6 lit. h wird der Ausdruck „Abs. 2 lit. a bis c“ durch den Ausdruck „Abs. 2 lit. a bis d“ ersetzt.

17. Der § 16 lautet:

„§ 16

#### Kundmachung der Wahlergebnisse

(1) Wenn für einen Wahlkörper eine Wahlkommission nach § 24 des Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes besteht, hat diese das Wahlergebnis unverzüglich dem Wahlvorstand mitzuteilen und die Wahlakten samt den im § 13 Abs. 5 erwähnten Wahlkuverts verschlossen dem Wahlvorstand zu übergeben. Der Wahlvorstand hat die von der Wahlkommission ermittelten Wahlergebnisse zu überprüfen und nötigenfalls richtig zu stellen.

(2) Der Wahlvorstand hat die gewählten Personalvertreter und Ersatzmitglieder von ihrer Wahl zu verständigen. Ferner hat der Wahlvorstand unverzüglich den freien Wahlwerber von seiner Wahl zu verständigen und zu belehren, dass er auf die Zuweisung eines Mandates verzichten kann. Der Verzicht ist schriftlich zu erklären und unverzüglich beim Wahlvorstand einzubringen. Freie Wahlwerber, die nicht wählbar sind oder eine Verzichtserklärung abgeben, scheiden aus.

(3) Der Wahlvorstand hat die Wahlergebnisse durch Anschlag an der Amtstafel jener Dienststellen der Gemeinde, bei denen Wahlberechtigte beschäftigt sind, kundzumachen. Die im § 13 Abs. 5 erwähnten Wahlkuverts sind vom Wahlvorstand auf eine Art zu vernichten, die eine Verletzung des Wahlgeheimnisses ausschließt.“

18. Im § 18 wird der Klammerausdruck „(§ 34 des Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes)“ durch den Klammerausdruck „(§ 37 des Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes)“ ersetzt.

19. Die Anlage 1 lautet:

**„Anlage 1**  
(zu § 8 Abs. 1)

## Muster eines amtlichen Stimmzettels

### Amtlicher Stimmzettel

des Wahlkörpers .....

für die Gemeinde-Personalvertretungswahl am .....

(Bezeichnung der Wählergruppe)	(Bezeichnung der Wählergruppe)	(Bezeichnung der Wählergruppe)
Bei der gewählten Wählergruppe im Kreis ein X einsetzen <input type="radio"/>	Bei der gewählten Wählergruppe im Kreis ein X einsetzen <input type="radio"/>	Bei der gewählten Wählergruppe im Kreis ein X einsetzen <input type="radio"/>
<b>Wahlwerber</b>  1. <input type="checkbox"/> 2. <input type="checkbox"/> 3. <input type="checkbox"/> 4. <input type="checkbox"/> usw. <input type="checkbox"/>	<b>Wahlwerber</b>  1. <input type="checkbox"/> 2. <input type="checkbox"/> 3. <input type="checkbox"/> 4. <input type="checkbox"/> usw. <input type="checkbox"/>	<b>Wahlwerber</b>  1. <input type="checkbox"/> 2. <input type="checkbox"/> 3. <input type="checkbox"/> 4. <input type="checkbox"/> usw. <input type="checkbox"/>
Freier Wahlwerber: ..... <div style="text-align: center;">Familien- und Vorname</div>		

“

**Für die Vorarlberger Landesregierung:**  
**Der Landeshauptmann:**

Dr. Herbert Sausgruber